

Bank
Kapital und Reserven
5 Millionen
in **Connstatt**
Konten

korrekt reicht, gebe ab:
mit Süßstoff
50 Liter RM. 12.—
75 Liter RM. 17.50—
100 Liter RM. 22.—
150 Liter RM. 30.—

elbeer mit Süßstoff
100 Liter RM. 22.—
den Fabrikpreise kommen an
steuer, welche Sie bei einem
mir sparen!!

Kürble,
: : Telefon Nr. 80

ie Saison
reichhaltiges Lager in la. braun
iefel von Nr. 18
bis Nr. 46

Sandalen
große Auswahl in
warze Leinwandhüte und
warze Kinder- u. Herren
Werktag
Hauschuhe,
nu Loh, Wildbad,
Hauptstraße 117.

Verkauf
tag, den 11. April,
mittags 8 Uhr ab,
steht im
„Dahnen“ in Höfen

frischer Transport
r, hochtrachtige
he u. Kalbinne

Liebhaber freundschaft einladet
engardt, Rexingen.

inen, Fahrräder
en Kinderwagen,
Fahrrad-Gumm
lligen Preisen
en Müller, Birkenfeld,
Telefon Nr. 18

entressend:
braune holländische
e-Bohnen
0.— Abgabe nicht unter 1 Zent
e Pflaum, Weilderstadt.

Gezugspreis:
stetigste in Neuen-
bürg 18.75. Durch die
Hof im Ort- und Ober-
amt-Bericht sowie im
jüngsten inländ. Bericht
18.60 m. Postbez. Zeit.
In über aus Liberos
nicht late Kaufpreis auf Kler-
bei Prüfung aber auf
Einkauf des Bezugspreises.
Befreiungen nehmen alle
Kaufleute, in Neuenbürg
erhalten die Kaufpreise
jederzeit entgegen.
Vizekonsul Nr. 24 bei
der Oberamts-Sparkasse
Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der E. Enztälischen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr 81

Neuenbürg, Montag den 11. April 1921.

Anzeigenpreis
1/2 einseitige Zeile
über deren Raum 80 f
bei Anzeigenbeginn
durch die Geschäftsstelle
48 f extra.
Wekame-Zeile 1.60
bei größeren Aufträge
entsprech. Rabatt, bei
Kolle des Wochenspreises
hinfallig wird.
Schluß der Anzeigen
Annahme taghvor.
Fernsprecher Nr. 4.
für telef. Anträge wird
seinerzeit Bescheid über
kommen.

Deutschland.

Stuttgart, 8. April. Der Finanzaußen-Beirat hat heute den Entwurf eines Gesetzes betr. die polizeilichen Einrichtungen (Polizeiverfassung). Vom Ministerium des Innern wurde erklärt, daß bezüglich der Polizei der Stuttgarter Polizei eine Vereinbarung mit der Stadt Stuttgart erzielt sei, wonach die Pferde noch im Eigentum der Stadt verbleiben, aber die Unterhaltung und die Pflege auf Kosten des Staates erfolgen soll. Der Entwurf wurde hierauf im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen mit 10 gegen 7 Stimmen der USPD, 2 gegen 1 Stimmen der SPD. Die ablehnende Haltung dieser Parteien wurde damit begründet, daß kein Verhältnis mehr zu diesem Zweck vorliege, nachdem die Vereinbarung mit der Stadt Stuttgart getroffen sei. In Paragraph 2 wurde als neuer Zusatz angefügt, daß das Gesetz am 1. Jan. 1922 außer Kraft tritt. Dann wurden noch die Anträge der Bürgerpartei behandelt bezüglich der Kriegsschuld und der Kriegsverbrechen. Nach längerer Debatte wurde ein von Demokratien, Bürgerpartei, Zentrum und Soz. gemeinsam gestellter Antrag angenommen gegen die Stimmen der USPD. In dem Antrag ist angeführt, daß die Behauptung der Entente, Deutschland habe den Krieg gewollt und vorbereitet, unwahr ist und das Staatsministerium ersucht wird, bei der Reichsregierung nachdrücklich dafür einzutreten, daß die Schuld am Weltkrieg, an der langen Dauer des Krieges und insbesondere die Kriegsverbrechen der Kriegführenden wahrheitsgemäß festgestellt und das Ergebnis möglichst bald im In- und Ausland öffentlich bekanntgegeben und verbreitet wird. Die Anträge der Bürgerpartei wurden zu Gunsten dieses gemeinsamen Antrags zurückgezogen. — Dann vertagte sich der Ausschuss.

Stuttgart, 9. April. Auf Veranlassung des Frauenvereins vom Roten Kreuz für Deutsche über See spricht am nächsten Freitag Reichsverkehrsminister Dr. Gröner über Reichsreisen in Gegenwart und Zukunft.

Stuttgart, 9. April. Der „Kommunist“ schreibt: Der Hungerstreik unserer Genossen ist beendet. Sie haben durchgesetzt, daß sie vom Untersuchungsrichter vernommen wurden. Ueber das Resultat dieser Vernehmung wird nichts mitgeteilt. Doch sind wir nach der ganzen Sachlage überzeugt, daß die Erhebung einer Anklage nicht in Frage kommen kann. Unsere Genossen müssen also in kürzester Zeit in Freiheit gesetzt werden. Ein Prozeß, der heute vor dem hiesigen Schwurgericht gegen die Genossen Wötter und Schreiner stattfinden sollte, würde vertagt. — Der kommunistische Landtagsabgeordnete Schmid hat an den Reichsminister des Innern, Koch, zwei Telegramme abgefaßt wegen der Verhaftung der kommunistischen Führer, wegen Verhaftung der Redaktionsleiter der „Tendenz“ und stellt die Anfrage, ob in Würtemberg der Belagerungszustand bestesse. In diesem Zusammenhang berichtet der „Kommunist“ dann über Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Führern und einem sozialdemokratischen Gemeinderat.

München, 9. April. Durch eingehende Ermittlungen der Münchener Polizeidirektion ist festgestellt worden, daß eine Anzahl hiesiger Kommunisten bei verschiedenen geheimen Zusammenkünften Ende März Pläne verabredeten, die die Sprengung von Eisenbahnbrücken und die Rahmung des Eisenbahnverkehrs zur Verhinderung von Transporten von Munition zu Ziele hatten. Es wurden deshalb 13 Personen in München, 5 in Ortschaften festgenommen.

Berlin, 9. April. Der völkertreue Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Verden hat an den Berliner Vertreter der Vereinigten Staaten einen Brief gerichtet, in dem er u. a. heißt: Ich lege Ihnen hiermit öffentlich die Frage vor, ob sie wirklich Deutschland für den Krieg verantwortlich halten. Sie haben als Vertreter der Vereinigten Staaten anlässlich der Schuldfrage eingeschritten, wir verlangen daher von Ihnen einen Beweis für Ihre Behauptung der deutschen Schuld am Kriege, auf die Ihre Regierung die moralische Verpflichtung Deutschlands gründet, Reparationen zu leisten, soweit dies möglich sein mag.

Berlin, 9. April. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtags wurde der Abg. Stegerwald (Zentrum) mit 332 von 398 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 23 Stimmentzettel waren unbenutzt, die übrigen Stimmen waren zerstückelt. Die Wahl wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen. Präsident Veinert wurde zum Landtagspräsidenten wiedergewählt, desgleichen Abg. Vorsch (Zentrum) zum ersten Vizepräsidenten, Dr. v. Kriegs (DN) zum zweiten Vizepräsidenten und Abg. Gornisch (USPD) zum dritten Vizepräsidenten.

Berlin, 9. April. In General Ludendorffs 57. Geburtstag am 9. April erhielt dieser vom Generalfeldmarschall Hindenburg ein in außerordentlich warmen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm, das mit den Worten schließt: „Wäre es Deutschland in künftigen schweren Zeiten nicht an Männern fehlten, die gleich Ludendorff ihr ganzes Denken und Tun selbstlos nur einem Ziele weihen, dem Siege unserer Väter, dem Wohl unseres Vaterlandes.“

Berlin, 9. April. Nach einer Mitternachtsmeldung aus Halle hat der Verband der bürgerlichen Kreisligastationen des Reiches Sangerhausen eine Erklärung veröffentlicht, in der nachgewiesen wird, daß sich der kommunistische Landrat des Reiches, Rasparek, mitschuldig an den Unruhen und Plünderungen in Sangerhausen gemacht hat. Der Verband verlangt, daß Rasparek sofort abberufen wird. — Bei der Durch-

Reparationsplan.

Berlin, 9. April. Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Reparationsplan, den die USPD, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die Sozialistische Partei Frankreichs im Anseherdam in den ersten Tagen des April ausgearbeitet haben. In der Einleitung zu dem Plan wird festgesetzt, daß die Arbeiterorganisationen Deutschlands die Notwendigkeit der Reparation anerkannt haben und andererseits, daß die französischen und englischen Organisationen anerkennen, daß die Verwirklichung des Gesamtvertrags von Nordfrankreich die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt und daß eine Beteiligung der internationalen Solidarität notwendig ist. Die Anwendung militärischer u. ökonomischer Zwangsmaßnahmen wird scharf verurteilt. Die Grundlage des Friedens wird von der Revision des Versailler Vertrags und der anderen Verträge abhängig gemacht. Der Reparationsplan sieht 1. die Schaffung eines internationalen Wiedergutmachungsausschusses vor, das von den Regierungen der Entente zusammen mit Deutschland und unter Mitarbeit der Arbeiterorganisationen aller interessierten Länder gebildet werden soll? In Verbindung mit diesem internationalen Wiedergutmachungsausschuss soll Frankreich ein eigenes nationales Wiedergutmachungsausschuss errichten, das aus Vertretern der Geschädigten, der Arbeiter, sowie aus Vertretern des Staats zusammengesetzt ist. Deutschland könnte mit seinen Arbeitern und Materialien in Ausführung der Pläne des französischen Wiedergutmachungsausschusses die Wiederherstellung von Straßen, Kanälen und Dörfern übernehmen. Die Finanzen der Wiederaufbauarbeit sollen durch auf dem Weltmarkt emittierte Anleihen geregelt werden. Die deutsche Regierung müsse sich zur Zahlung der Anleihen verpflichten. Deutschland könne zur Hebung seiner Volkswirtschaft, seiner Kultur und seiner Finanzen einen Teil dieser internationalen Anleihen vorweg überwiesen erhalten. Bei der Zahlung der Anleihen durch Deutschland ist dessen Zahlungsfähigkeit in Betracht zu ziehen. Am Schluß des Planes wird den verschiedenen Parteien empfohlen, sich mit den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen, den Reparationsplan möglichst in der nächsten Woche dem heimischen Parlamenten vorzulegen, sowie einen Aufruf an alle sozialistischen Organisationen der interessierten Länder zu richten in Hinblick einer gemeinsamen Aktion für das Werk des Wiederaufbaus.

Berlin, 9. April. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Ledebour hat an den Präsidenten des Reichstags das Ersuchen gerichtet, den Reichstag so bald wie möglich einzuberufen und zwar 1. zur Aufgängerklärung der Verordnungen über die Bildung außerordentlicher Gerichte und 2., um den in Anseherdam ausgearbeiteten Reparationsplan der USPD, der Unabh. Arbeiterpartei Englands und der Soz. Partei Frankreichs dem Reichstag vorlegen zu können.

Ausland.

Vern, 9. April. Der Bundesrat hat Kaiser Karl wissen lassen, daß er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehme. Kaiser Karl steht heute bereits in Unterhandlungen für seine Aufnahme in einem anderen Staat.

Basel, 9. April. Wie inoffiziell aus Washington verlautet, will General Pershing demnächst bei der Organisation der Nationalgarde eine Umformung der Reserve-Armee für sofortige Verwendung im Kriegsfall vornehmen. Die neue Armee soll während der Sommermanöver durch kriegserfahrene Leute ausgebildet werden.

Die Besetzung des Ruhrgebietes.

Genf, 7. April. Wie in Pariser Nachrichtenkreisen verlautet, hat die französische Delegation die notwendigen Vorbereitungen für die Besetzung des Ruhrgebietes getroffen, die als erste der von Briand in seiner Ernährungsrede angegebenen Maßnahmen durchgeführt werden soll. In diesem Zwecke müssen die Jahresklassen 1918 und 1919 unter die Fahne berufen werden. Nach den aus dem Jahre 1913 bestehenden Geheimsbestimmungen, die noch in Kraft sind, hat die Regierung das Recht, jeweils die beiden letzten Jahresklassen aus eigener Machtvollkommenheit und ohne vorherige Zustimmung des Parlaments einzuberufen, so daß die in Frage stehenden Truppenteile innerhalb weniger Tage zur Verfügung stehen könnten. Die Maßregel wird in politischen Kreisen allgemein gebilligt, obgleich man sich nicht verheißt, daß die Besetzung dieser industriereichen Gegend die Gefahr erster sozialer Unruhen in sich birgt.

Maßlose Forderungen der französischen Kaufleute und Industriellen im Rheinland.

Wie der „Tendenz“ mitteilt, hat die Vereinigung der französischen Kaufleute und Industriellen im Rheinland in zwei Versammlungen Wünsche geäußert, die sie dem französischen Parlament übermitteln will. Vor allen Dingen erinnert die Vereinigung an die unangenehme Lage, die durch die 50prozentige Abgabe vom Verkaufspreis der deutschen Waren und durch die Erhöhung der Zolltarife dem französischen Handel und der französischen Industrie im Rheinland bereitet wird. Diese Zwangsmaßnahmen zwingen die französischen Kaufleute, den Kampf aufzugeben. Die einzige Folge sei die Verringerung der Jolleinnahmen und die Einstellung der Geschäfte, sowie die Vertreibung des Lebens in der Rheinprovinz. Schließlich werde auch der Widerstand der deutschen Großindustrie verflucht und vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit der deutschen

Forderungen der Viehhändler.

Stuttgart, 9. April. Die am Freitag im Rindensaal in Weinsberg stattgefundene Versammlung der Viehhändler hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt, der zur Kenntnis des Ernährungsministeriums und des Landtags gebracht wird. Die Entschlieung lautet: Bei Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung des unredlichen Handels, die vom Landtag gebilligt wurden, haben sich Anstände ergeben, die sicher weder vom Ernährungsministerium noch vom Landtag beabsichtigt waren. Insbesondere ist die Händler, die den Viehhandel seit Jahrzehnten betreiben, der Handelskassen entzogen und dadurch ihre Existenz vollständig in Frage gestellt worden. Die Versammlung richtet an das Ernährungsministerium und den Landtag das Ersuchen, von dieser Tatsache Kenntnis zu nehmen. Ferner bittet die Versammlung den Landtag, seine Stellung zu den Maßnahmen betr. die Bekämpfung des unredlichen Viehhandels alsbald einer Revision zu unterziehen und einen Beschluß zu fassen, der die Gewähr bietet, daß der reelle und altkriegerische Viehhandel seine Tätigkeit fortsetzen kann. An das Ernährungsministerium richtet die Versammlung das Ersuchen, die Gültigkeit der ausgegebenen Viehhändlerbescheine insoweit zu verlängern, bis der Landtag erneut Stellung genommen hat.

Teuerungszulage für Altveteranen im Staatsjahr 1921.

In einem Erlass teilt der Reichsminister der Finanzen mit, daß die Teuerungszulage für Empfänger der Veteranenbeihilfe, die 1920 80 Mark betrug — vorbehaltlich der Annahme durch die gesetzgebenden Körperschaften — für das Staatsjahr 1921 auf 150 Mark heraufgesetzt werden soll. Damit werden die Bezüher der Reichsbeihilfe für die Altveteranen insgesamt 300 Mark jährlich erhalten. Der Kuffhäuser-Ertrag der deutschen Bundes-Kriegerverbände wird keine Vermehrungen forsetzen, den von ihm geforderten Betrag von 600 Mark jährlich schließlich noch durch Reichstagsbeschluß durchzuführen.

Die Sondergerichte.

Köln, 9. April. Vom außerordentlichen Gericht wurden 9 Angeklagte wegen Verbrechen beim Kommunismusaufstand zu Zuchthausstrafen von 4 bis 2 Jahren oder zu Gefängnis verurteilt.

„Zollbahnhöfe“ im Rheinland.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Trier haben die Verbändermächte folgende Stationen als Zollbahnhöfe gegen das unbesetzte Deutschland bestimmt: Wörth, Germerheim, Ludwigshafen, Barmes, Driedheim, Groß-Gerau, Godelan, Walderstadt, Driedheim, Ober-Kassel, Engelskirchen, Goldstein, Griesheim, Döck, Idstein, Wörsdorf, Michelbach, Langenschwalbach, Rhmannsbauten, Diez, St. Goarshausen und Sünthal.

Vermehrung der Polizeikräfte im mitteldeutschen Auführgebiet.

Berlin, 9. April. Wie das „Tageblatt“ aus Magdeburg meldet, hat die Umgruppierung und Vermehrung der Polizeikräfte im mitteldeutschen Auführgebiet bereits begonnen. In Dessau soll eine Hundertschaft Schußwaffen besessen werden. Auch die Stadt Mansfeld wird basierend eine Hundertschaft behalten, Esleben, das der Mittelpunkt des kommunistischen Terrors war, soll mit drei bis vier Hundertschaften besetzt werden. Auch Querfurt, in dessen Umgebung sich zahlreiche Kalfischächte und der Hauptkohlenlager der Rheinwerke befinden, soll eine größere Verstärkung von Polizei erhalten, desgleichen die Stadt Wehra.

Das deutsche Heer schlußlos gegen Giftgas.

Vom Auswärtigen Amt ist am 7. April an die interalliierte Militär-Kontrollkommission folgende Note gerichtet worden: Durch die Note vom 31. März 1921 wird ein Beschluß der Vorkontrollkonferenz zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht, wonach der Gebrauch von Gaswaffen für das deutsche Heer untersagt sein soll. Die deutsche Regierung muß an ihrem wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt festhalten, daß der Vertrag von Versailles keine Handhabe bietet, das deutsche Heer an der Verwendung anderer als des in der Anlage zu Teil V, Abschnitt 1, angeführten Materials zu verhindern. Abgesehen davon kann die deutsche Regierung nicht erkennen, aus welchem Grunde es Deutschland unmöglich gemacht werden soll, seine Truppen mit Vorrichtungen zu versehen, die lediglich dazu bestimmt sind, ihnen gegen Angriffe mit einem besonders gefährlichen Kampfmittel Schutz zu gewähren. Erst wenn die Abfuhr des Friedensvertrags, den Gebrauch giftiger Gase zu verhindern, nicht nur, wie jetzt in dem deutschen Heer, sondern allgemein verwirklicht ist, wird für Deutschland die Notwendigkeit entstehen, seine Truppen mit derartigen Schutzvorrichtungen zu versehen. Ich bitte Sie, diese Stellungnahme der deutschen Regierung zur Kenntnis der alliierten Mächte zu bringen.

der Ansicht sei, die einzige Lösung...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

des Völkerbundes.
Die der „Matin“ von seinem...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Bezirk und Umgebung.
Vom Reichstagsbuch wird...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Birnenberg.
April. (Zusammenkunft.) Die...
Die dem Regiment während...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

(Für Oberbürgermeisterwahl.)
Der Kandidat...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

Waldorf, 9. April. (Blodenspende.)
Staf Gottfried...
Die Preisbildung hat sich...
Die Postanstalten ändern...

den Aufträgen sind die Fabriken...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen, 10. April. (Unter schwerem Verdacht.)
In...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Schramberg, 9. April. (Werkwürdiger Beschluß.)
Im...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesingen a. St., 9. April. (Vom Dedenturm.)
Der...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

(10 Proz.), Adl-Rottweiler 390 (7 Proz.), Daimler un...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Neuße Nachrichten.
Stuttgart, 10. April. Wie der Schwäbische Merkur...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Gelsenkirchen, 10. April. Bei der Aufhebung der hie...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Mainz, 10. April. Der französische Oberkommissar...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Wiesbaden, 10. April. Wegen Verteilung von Flug...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

pflanzung erfüllen müsse und daß es dazu in der Lage sei...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

London, 9. April. Bei der Erziehung von Taunton...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Berlin, 11. April. Aus Tetuan wird den Radri...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Karlsruhe, 10. April. Die Vereinigten Verbände heim...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

München, 11. April. Gestern fand hier unter dem Vor...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

Breslau, 10. April. Heute Mittag wurde auf dem Schlo...
Die amerikanische Demokratie...
Er verurteilt den Bolschewismus...
Er habe ihm -

